

Halleische Zeitung

1910. Nr. 193.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 203.

Druckerei für Halle a. S. Verleger: Carl W. Klotz, durch die Verleger S. & B. für das Verlagsbüro.
Die Halleische Zeitung erscheint wöchentlich fünfmal. — Druckerei: Carl W. Klotz, Halle a. S.,
Garten (Näg. Brühlstraße), 22. Unterstadt (Montagplatz), Quedlinburg, Wittenberg.

Zweite Ausgabe

Verleger: Carl W. Klotz, durch die Verleger S. & B. für das Verlagsbüro.
Die Halleische Zeitung erscheint wöchentlich fünfmal. — Druckerei: Carl W. Klotz, Halle a. S.,
Garten (Näg. Brühlstraße), 22. Unterstadt (Montagplatz), Quedlinburg, Wittenberg.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Belegstraße 87, Hinterhaus.
Eing. Nr. 155; Telephon 155; Redaktions-Telephon 1272.
Verleger: Dr. Walter Gedenke in Halle a. S.

Dienstag, 26. April 1910.

Geschäftsstelle in Berlin: Reichenbergerstraße 30.
Telephon Amt VI Nr. 18 290.
Straß und Berling von Otto Biele in Halle a. S.

Deutsches Reich.

*** Die deutsche Abteilung auf der Weltausstellung in Brüssel.** Der König und die Königin von Belgien sind am Montag vormittag 10 Uhr zur eingehenden Besichtigung der deutschen Abteilung auf der Weltausstellung eingetroffen. In ihrer Begleitung waren Ministerpräsident Schollaert, der Minister für Industrie und Arbeit Hubert, der Minister des Äußeren Daignan, nach dem Reichskommissar Geh. Regierungsrat Albert und der Gehilfe v. Flörow, die Herren Generalkonsul Franz von Mendelssohn, Geh. Kommerzienrat Goldberger, Ministerialdirektor Just und Prof. Clemens-Donn vorzelleit hatten, wurde der Auszug angetreten. Er währte fast drei Stunden. In der großen Industriehalle legte der Kaiser selbst durch einen Druckpross sämtliche Maschinen in Bewegung. Das außerordentliche Verdienst des Königs auf allen industriellen Gebieten fiel allgemein auf. Der Monarch zeigte sein Interesse auch dadurch, daß er viele Aussteller ins Gespräch zog. Die Weltausstellung waren schließlich von der großen Zeitung Deutschlands überflutet und erfreut. Der König sagte dem Geh. Rat Albert vorläufig:

Das ist die Macht Deutschlands, die sich hier entfaltet.
Die Königin war besonders durch die starke Beteiligung ihrer bawerischen Landesleute entzückt. Das Besondere, einfache Benehmen des Königspaars herrschte allgemein sehr angenehm. Es unterließ sich wiederholt mit den Monteuren und Arbeitern und ließ sich insbesondere die Technik des Soges und der Druckmaschinen erläutern. In der Halle, wo sich das rollende Eisenbahnmateriale befand, besichtigte der König eine große Lokomotive und besichtigte die Einrichtung eines Eisenbahnsportwagens. Die begleitenden belgischen Minister betonten wiederholt, daß das deutsche Organisationsstatute einen glänzenden Sieg gefeiert habe und daß die deutsche Ab- teilung als geschlossenes Ganze sich zum Clou der Weltausstellung entwickeln müsse.

*** Das Kaiserpaar in Straßburg i. O.** Die Kaiserin und die Prinzessin Viktoria Luise besuchten am Montag vormittag das Kaiserpaar. Um 11 Uhr nahm der Kaiser einen Vorbesichtigungs der Truppen der Garnison ab. Seine Majestät erschien im Dienstadt eines Generaloberstleutnants unter der Säulenhalle des Kaiserpalastes, begleitet von dem Statthalter Grafen von Webel und den Herren der militärischen Umgebung. Die Kaiserin und die Prinzessin sahen dem Vorbesichtigungs vom Balkon des Palastes zu. Der Vorbesichtigungs wurde kommandiert von dem Generalleutnant Freiherrn von der Goltz. Sämtliche Truppen zogen zu Fuß vorbei, die Infanterie in Zugkolonne. Nach dem Vorbesichtigungs nahm der Kaiser eine Reihe militärischer Redaktionen entgegen. Das Wetter war bedeckt. Zahlreiche Publikum wohnte dem militärischen Schaulust bei. Der Kaiser hat einen Brief von Offizieren Ordnungsaus- zeichnungen verliehen: so u. a. den Notar Alexander H. Klaffe mit Eisenknoten Generalmajor v. Borries, Generalmajor Grafen von Stern zum Kronenorden II. Klasse Generalmajor Freiherr v. Aloth, Brigadier der Genarmee-Brigade in Eisenknoten. Den Kronenorden II. Klasse erhielten die Obersten Erster, v. Großmann, Fuchs und Vorderhagen, sowie der fassische Oberst Klaffe.

Mittags folgte der Kaiser eine Einladung des komman- dierenden Generals zur Tafel. Nachmittags unternahm beide Majestäten eine Autofahrt mit anschließendem Spazier- gang längs des Rheins. Im sieben Uhr folgten beide Majestäten und Prinzessin Viktoria Luise einer Einladung des Statthalters und der Gräfin von Webel zum Diner.

*** Aus der Budgetkommission des Reichstages.** Im letzten Berlage der Sitzung am Montag (vergl. Nr. 191 der „Holl. Ztg.“) legte Drachs und Fernsprech-Nachrichten“) be- züchentlich Staatssekretär Bernburg die Darstellung der übrigen Denkschrift über die Diamantverhältnisse als unrichtig. Die Regierung habe dazu geschwiegen, nur um die Ver- handlungen mit der Kolonialgesellschaft nicht zu erschweren. Die Denkschrift bringe kein Material bei, das die Feststellung der Denkschrift des Reichskolonialrats erschweren. Die Sache gegen die Kolonialgesellschaft für Südwestafrika sei ungerich- terlich. Hohlheitreste seien ihr nicht übertragen. Eine Gesell- schaft, die nur einen 20 Meilen breiten Landstreifen erwarb, könne nicht für die Kosten der Verwaltung oder die Sicherung des ganzen Schutzgebiets haftbar gemacht werden. Der Staatssekretär wandte sich dagegen, daß der Bundesrat und der Reichstag mit der Erstellung von Konzeptionen und Sonder- berechnungen befaßt werden sollte. Es ist ungerichtet nötig, die Selbstverwaltung des Schutzgebiets möglichst auszubauen. Der Reichstag solle sich für die Diamantverhältnisse ein be- sonderes Verbotnis des Staatssekretärs, ebenso die Sperre der Diamantexporte. Der neue Vertrag des Staatssekretärs müsse von der Kommission unterstützt werden, sonst kompro- mittiere man den Staatssekretär und die Kommission selbst. Abg. Kottmann v. Süßau: Es handle sich nicht um eine Landessteuer, sondern um einen einmaligen Betrag. Der Grundgedanke seines und des Antrages Erzberger sei durchaus berechtigt. Abg. v. Liebert (Np.) verwarf alle drei Anträge. Herr v. A. H. H. (Np.) fand den freisinnigen Antrag noch weniger annehmbar als den Erzbergers und kündigte eine Resolution an, die eine andere Lösung der Frage bewende. Ledebour (So.) erklärte den Grundgedanken

Erzbergers für richtig, ebenso den des freisinnigen Antrags, die Schuld dem Schutzgebiets zu überweisen, oder sie müßte durch eine Wertzuwachsteuer getilgt werden. Diese Anregung legt Keblner in einem Antrag vor. Abg. Erz- bergers trat nochmals für seinen Antrag ein, verwahrte sich energig gegen den Vorwurf, er habe einen Schritt gegen den Kaiser unternommen wollen, und sagte: In dem Antrage Lati- mann erblicke er eine Verbesserung seines Antrages; er streite für die Allgemeinheit und den Fiskus, das möge man beachten. — Staatssekretär Bernburg erklärte, er habe den Kaiser nicht in die Debatte gezogen, sondern ihn lediglich als Institution, als Reichsträger erachtet. Nach den neueren Erklärungen Erzbergers habe er keinen Anlaß, den Vorwurf aufrecht zu er- halten, daß dieser eine Konstitution verfeinern wolle. Nach fünfminütiger Sitzung vertagte sich die Kommission auf Dienst- tag vormittag.

*** Handelsbeziehungen zu Ägypten.** Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am Montag der Vorlage betreffend ein Zusatz- abkommen zu dem zwischen dem Deutschen Reich und Ägypten bestehenden Handelsabkommen vom 19. Juli 1892, die Zustimmung erteilt.

*** Der Kampf im Baugewerbe.** Die dem Deutschen Arbeitgebern für das Baugewerbe nächststehenden baugewerb- lichen Fachblätter setzen in dieser Woche die Veröffentlichung der Zahlen der ausgeperrten Arbeiter fort. Danach sind u. a. bisher als entlassen gemeldet worden: im Königreich Sachsen 28 000, in Elsaß-Lothringen 6 000, in Baden 2 500, im Frankfurter (mitteldeutschen) Bezirk 12 000, in Wösten 4 100, in Westfalen 4 500, in Pommern 2 500, in der Provinz Westfalen 3 100, in Braunschweig 2 200. Diese zwölf Bezirke verzeichnen demnach zusammen 70 000 Mann ausgeperrt. Die übrigen 15 großen Bezirke verzeichnen: Hannover, Nord- und Westfalen, Bayern, Württemberg, Thüringen, Provinz Sachsen, Brandenburg, Schlesien) werden ihre Zahlen noch im Laufe der Woche bekanntgeben, ebenso die dem Bunde direkt angehörenden Ortsverbände.

Der außerordentliche Kongress der Gewerkschaften, auf dem mit circa 2 Millionen Mitgliedern 99 Organisationen durch 422 Delegierte vertreten sind, nahm eine Resolution an, in der die von ausgeperrten Bauarbeitern die Kompensation ausgeperrten und sämtliche organisierten Arbeiter aufgefördert werden, den ausgeperrten ihre Solidarität durch sofortige allgemeine Sammlungen zu beweisen. Die christlichen Gewerkschaften und die Christ- und Arbeitervereine sind der Einladung zur Teilnahme an dem Kongresse nicht gefolgt.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

57. Sitzung vom 25. April, 11 Uhr.

Am Vortage: v. T. 201 u. 202. Frau man n.
Das Ansehen des verstorbenen Abg. Dr. Pöper (Ztr.) ehrt das Haus in herkömmlicher Art.
Die zweite Lesung des Autosteuers wird beim Kapitel

Universitäten

fortgesetzt.
Abg. Dr. Kaufmann (Ztr.): Auch wir wollen rege Förderung der Wissenschaft. Den Bibliotheksgebühren hätten wir höhere zinsmäßige Abrechnung nach Wagnis. Gemindert wäre eine Ge- ständnisvermehrung der katholischen Theologieprofessoren.
Minister v. Troschke: Ich freue mich gewiß, daß ich den reich dotierten Etat der Jhnen vertreten kann und danke dem Finanzminister für sein Entgegenkommen. Aber ich habe mir doch manche Bedenken aufzulegen müssen. Wollen wir die Stellung der preussischen Universitäten in der Welt festhalten, so werden wir in Zukunft unsere Ausgaben noch steigern müssen. In Amerika und anderen Ländern stehen ungeheure Summen aus privaten Mitteln zur Verfügung, und es wäre erfreulich, wenn der Sinn des Gebens für solche Zwecke auch bei uns mehr geweckt würde. Natürlich bleibt der Staat für die Ausgaben grundföhlisch und in erster Linie verpflichtet. Bei den Bibliotheksgebühren sind ja Maßnahmen für bedürftige Studenten vorzusehen. Das Gehalt der Lehramter Schulen nicht außer acht lassen; das entspricht ihrer hohen Stellung in der Welt. Für die freudlichen Worte zum bevorstehenden Jubiläum der Universität Berlin danke ich in Ihrem Namen. Ich selbst glaube erst an eine ungewöhnliche Ver- zorgung dieser Universität in der Welt. Natürlich ist die Universität der Reichs- hauptstadt würdig ausgestattet. Die Zentralisation ist des- halb doch ein Vorzug, den ich nicht übersehe. Ich habe z. B. aus Anlaß der Beschwerden des Abg. Schmedding über die Universität Witten alsdann Kommissare nach Witten entsandt. Ich vermute, daß für Witten in der Tat etwas Durchgreifendes ge- schehen muß. (Beifall.) Erstmaligweise ist der Finanzminister grundföhlisch derselben Auffassung. (Beifall.) Sollten die dan- kbaren Bürger Witteners dem Abg. Schmedding nunmehr ein Denkmal errichten (Heiterkeit), so wird in der Legende am Södel dessen auch mein Name genannt (Heiterkeit). In der Frage der Privatdozenten sollten diese, die ja dem Zuge der Zeit fol- gend, auch organisiert sein (Heiterkeit), einmal selbst Vorschläge zur Besserung der Verhältnisse machen. Die Forderung auf Ver- mehrung der katholischen Theologieprofessoren kann nicht als un- gerechtfertigt begründet werden. Ueber Kolonialrecht sollen Lehraufträge auch noch an anderen Universitäten als Berlin und Münster erteilt werden; ich hoffe damit der Frage am besten zu dienen. Ueber Pädagogik bestehen Lehraufträge in Berlin und Halle. Für weitere Lehraufträge fehlt es vorläufig an geeigneten Persönlich- keiten; ich werde die Anregung aber im Auge behalten. Genossen- schaftliche und Genossenschaftswesen werden schon heute be- rücksichtigt. Es wäre nicht unbedenklich, als Berlin ein bezirks- spezielles Gebiet besondere Beihilfe zu schaffen. (Beifall.)
Abg. Dr. Pöffig (Ztr.): Den Ausführungen des Herrn Mi- nisters kann ich zustimmen. Offen bleibt aber noch der Wunsch auf Einführung des Titels Dr. med. et.

Abg. Dr. v. Lisse (f. W.): Der Zubrang von Ausländern zu unseren Bildungseinrichtungen hat ja manche Nachteile im Gefolge, aber die Vorteile überwiegen. Für bestimmte Zweige der Wissen- schaft, z. B. für die handwärtige Literatur, müssen an unsere Hochschulen Zentristellen geschaffen werden. Das Extraordi- nariat für Kolonialrecht muß in ein Ordinariat umgewandelt werden. Dringen notwendig ist eine Professur für Völkerrecht. Die Zulassung der Privatdozenten liegt sehr im argen. In Halle z. B. können katholische Dozenten nur mit besonderer Genehmi- gung des Königs zugelassen werden. Diese Inparität muß be- seitigt werden. Ein Universitätsgesetz, das alle diese Fragen regelt, muß baldigt erlassen werden.

Abg. v. Regelein (f. W.): Für die Errichtung einer Universität Frankfurt a. M. liegt ein staatliches Interesse nicht vor. Nicht nur Würzburg sondern auch Gießen und Heidelberg würden leiden. Aber das Wichtigste ist wohl nicht Veranschlagung der Universitäten, sondern die Erweiterung der bestehenden. Entschädigung für die politischen Vorgänge der Vergangenheit lehnen wir grundföhlisch ab. Uebbrigens hat Frankfurt a. M. von der Zugehörigkeit zu Preußen nur Vorteile gehabt. (Beifall.)
Abg. Pöffig (f. W.): Die Zulassung als Privatdozent muß neu geregelt werden.

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Den Wünschen Frankfurts sollte man entgegenkommen. Diejenigen Extraordinariate, die mit staatlichen Lehraufträgen verbunden sind, sollten in Ordinariate verandelt werden. In der Ausländerfrage ist von der Unter- richtsverwaltung das Zulässige geföhren. Von einer einseitigen Begünstigung der Theologieprofessoren kann nicht die Rede sein. Zur Förderung des Genossenschaftswesens genügen Lehraufträge. Eine Begünstigung erblicke ich darin, daß alle Spezialisten sofort bei ihrer Einreichung in Berlin zugelassen werden. Wir haben deshalb bei dem beantragten Berliner Ordinariat für Anthropologie aus grundföhlichen Erwägungen Befehlsgewalt beantragt.

Minister v. Troschke: Der Plan einer Universität Frankfurt a. M. ist in amtlicher Form noch nicht an mich heran- gekommen. Sollte es sich darum handeln, die dortigen reichen Institute zu konsolidieren, dann wird der Staat auf Wunsch seine Hand nicht verweigern und sich die Frage vorlegen, ob sich das erzielte Ziel nur dadurch erreichen läßt, daß man in Frank- furt eine Universität errichtet. Von dem Bedürfnis für ein Uni- versitätsgesetz habe ich mich nicht überzeugen können.

Abg. Dr. Dieckhoff (So.): Im kapitalistischen Klassenstaat sind auch die Universitäten lediglich Werkzeug der herrschenden Klasse; die wahre Freiheit nicht aufkommen läßt. Wir kommen erst vorwärts, wenn wir die Freiheit geföhren wird. Auch der Universitätsunterricht muß ungenügend werden. Für die Ausbildung unserer Offiziere ist bezeichnend, daß ein Offizier auf die Frage, ob nach Oldenburgs Rezept ein Leutnant mit zehn Mann den Reichstag auflösen dürfen, geantwortet hat: „Selbstver- ständlich, und würde es sogar beföhren Spoh nach.“ Die Un- terschiede auseinanderzusetzen.“ (Heiterkeit.) Ist nicht Be- richtigung auch der marxistischen Schule der Nationalökonomie möglich? Will man nicht Professuren für Arbeiterrecht schaffen?
Abg. Wöhring (f. W.): Die Frage der Universität Frankfurt a. Main befindet sich so sehr im Anfangsstadium, daß man noch nicht einseitige Stellung nehmen kann. Von ungewöhnlicher Ver- zorgung Berlins ist keine Rede.

Abg. Dr. Wehlföhen (Ztr.): Wir wünschen Dezentralisation des Universitätswesens, haben aber nichts dagegen, daß die Re- gierung Berlin ihr besonderes Augenmerk wendet. Auf die Reform der juristischen Vorbildung müssen wir immer wieder zurückkommen, wenn wir die zehnjährige Reifezeit nicht durch die juristische Vorbereitungsdienst entsprechend befristet werden. Auch das theologische Examen ist unzureichend.

Die Besprechung schließt. In der Einzeltagung wünschen die Abg. Straßer (natl.) und Graf Hentel von Donnersmarck die Hoffung, daß die landwirtschaftliche Fakultät an der Universität Breslau, die Abg. Wenzler (freisinn.) und Hoff (f. W.) bessere Räume für das agrarische Institut in Wien, Graf Oet- (natl.) Schaffung einer nationalen Klinik in Stuttgart, Abg. Hauptmann (Ztr.) Ausgestaltung des physikalischen Instituts. Dieser Redner mißbilligt ebenso wie Abg. Sigmund (natl.) die Ergebnisse der Vertreter des Corps Borussia.
Dienstag, Fortsetzung.
Schluß 5 Uhr.

Deutscher Reichstag.

72. Sitzung vom 25. April, 2 Uhr.

Am Vortage: v. S. 9 u. 10.
Auf der Tagesordnung stehen

Beitrag.

Bei der Petition des deutschen Wundenkongresses, um Aus- dehnung der Invalidenrente auf alle unheimlichen Wunden, bemerkt

Abg. Gieseler (Ztr.): Wir möchten auch vorschlagen, das Porto für die Beförderung von Wunden und Drucksachen in Wundenbriefen herabzusetzen.

Die Petition wird teilweise dem Reichstagesrat zur Berück- sichtigung, teilweise als Material überwiesen.

Die Petition der Ortsgruppe Samsburg des deutsch-evange- lischen Frauenbundes betreffend Abschaffung der Amnier- renten wird dem Reichstagesrat zur Berücksichtigung überwiesen.

Den Vorschlägen der Budgetkommission betreffend Ver- minderung der Reichsdrucksachen schließt sich das Haus an.
Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfes über
Errichtung eines Konular- und Kolonialgerichtshofes
mit dem Siege in Berlin. Der Reichstagsrat soll oberste Instanz werden an Stelle der in den Kolonien jetzt für die wichtige Be- wältigung bestehenden Obergerichte mit einem Oberrichter und vier Beisitzenden.
Abg. am Schöndorf (Ztr.): Wir vermitteln in der Begründung ausweichendes Material, um herauszu- kommen, ob die Er- richtung nur eines Reichsgerichtshofes in Berlin für Kolonial- und Konularsachen angezeigt ist, oder ob nicht vielmehr eine Trennung in zwei Gerichtshöfe sich empfiehlt. Ich beantrage Verweisung an eine Kommission.

Hg. Dove (fr. Sp.): Damit sind wir einverstanden. Mander unter uns dürfte vielleicht die Verlegung des Gerichts- ortes nach Hamburg für richtig halten, glaube aber doch, daß Berlin als Sitz des Gerichtsorgans geeigneter ist. Wünschens- wert wäre es, daß uns ein nicht so ganz klar durdgearbeitetes Gesetz nicht bei solcher Geschäftsfrage vorgelegt würde, denn in die Kommission muß es, und es ist unannehmlich, daß es aus dieser noch vor der Beratung herauskommen kann.

Hg. Semler (natl.): Wir werden jedenfalls zu bedenken, wenn die Kommission es nicht ermöglichen könnte, daß wir das Gesetz noch vor der Beratung verabschieden.

Hg. Schulz (Sp.): Herr Dove hat ganz recht, wenn er be- hauptet, daß uns jetzt noch eine solche Vorlage zugegangen ist. Alle Tage arbeiten die Kommissionen schwer, und wenn man dann abends müde nach Hause kommt, so ist es nicht angenehm, dann noch eine neue Vorlage in der Sprache zu finden. Eine Verlegung nach Hamburg halten wir nicht für zweckmäßig. Der Reichstag in Deutschland wird leider nicht unbedingte Rechte verurteilen.

Staatssekretär (Zug): Niemand hat es mehr beantragt, als die Nationalverwaltung selbst, daß eine solche Vorlage erst in diesem Zeitpunkt eingebracht werden konnte. Aber die Aus- arbeitung machte Schwierigkeiten, vornehmlich finanzielle, und jeder, der die Kolonialpolitik mit Aufmerksamkeit verfolgt hat, wird wissen, daß die Rechtsobjekte bei den Kolonialfragen jetzt bereits eine außerordentliche Höhe erreicht. Um so mehr ist es nötig, sie jetzt einen ordentlichen Gericht zu überweisen. Wir legen daher großes Gewicht darauf, wenn es der Reichstag trotz seiner Arbeitshöhe heute noch ermöglichen könnte, durch Be- leuchtung dieses Gesetzes die kolonialen Rechtsfragen den Ver- waltungsbeamten aus den Händen zu nehmen und ordentlichen Richtern zu übertragen.

Hg. Giese (kon.): Wir erkennen an, daß das in der Tat jetzt nötig ist, und ebenso erkennen wir an, daß das Reichs- gericht damit nicht befragt werden kann, da es schon übergeben worden ist. Doch dieses neue oberste Gericht als Reichs- instanz fungiert, dem stimmen wir bei. Darüber, ob es auch als Berufungsinstanz fungieren soll und ob auch für sonstige Angelegenheiten, darüber bestehen unter meinen Freunden ver- schiedene Meinungen. Mit der Verweisung an eine Kommission sind wir einverstanden.

Hg. Strahagen (Zug): Besser ist es, noch warten und ein verständliches Gesetz machen, als sich übereilen.

Hg. Seckler (f. V.): Wegen die überhöchste Gesetzesarbeit spricht auch das Bedenken, daß die beteiligten Kreise gar nicht vorher Gelegenheit hatten, sich mit der Vorlage zu befassen, die sie fertiggestellt war. Eine nähere Einsicht von Gesetzen geht über uns hinaus. Demnach werden wir übersehen oder übersehen werden sich nicht für diesen Gesetzentwurf besser eignen als Berlin. Damit schließt die Beratung und die Vorlage geht an eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern. Es folgt die erste Beratung des Entwurfs eines Konstitutionsänderungsgesetzes.

Staatssekretär v. Schöen: Die Vorlage bezweckt, die Ver- schärfer der Schiffsahrt über den nimmer fast 4 Jahrzehnte alten Tarif zu stellen, der unsere Schiffsahrt gegenüber der ausländischen Konkurrenz benachteiligt. Der Entwurf schließt ferner die gänzliche Aufhebung der nationalpolitisch schädlichen und finanziell bedeutungslosen Matrizegebühr für Deutsche im Ausland; führt die Gebührentreue ein für Bedürftige und bezweckt eine Herabsetzung für häufige Amtshandlungen. Für das Reich ergibt sich infolge der Ermöglichung der Schiffs- gehänge im Hinblick auf die Beschränkung der durch ein- gehende Mehrerträge auf 164 000 Mark herabzusetzen wird.

Hg. Graf Kanitz (kon.): Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß die Folge dieser Gesetzentwürfe, die wir an sich gut- heißen, ein beträchtlicher Einmischungsfall sein wird. Wenn es in den Materien heißt, die Schiffsahrt ist sozialpolitisch fort- zuheben, so meine ich, daß die sozialpolitische Geleise alle Stände gleich betreffen. Die Notwendigkeit der Gebührenerhöhung bedarf noch sehr der Begründung. Wir beantragen Verweisung an die Budgetkommission.

Hg. Dove (fr. Sp.): Die Gebührenerhöhung ist doch nicht so heilig, daß sie jetzt noch beschließen werden müßte. An sich sind wir zwar für die Ermöglichung zugunsten der Meeresreise, aber so große Eile hat es doch nicht.

Hg. Semler (natl.): Es ist wirklich unerwartet, daß wir mit solchen Entwürfen noch in letzter Stunde befragt werden. Die Gebührenerhöhung ist nahezu nur Gebührenerhöhung auf die Schiffsahrt. Andere Nationen subventionieren ihre Schiffsahrtsgesellschaften, wir dagegen bestrafen sie indirekt durch Gebührenerhöhung. Deren Be- zugssetzung ist durchaus richtig.

Die Verprechung schließt und die Vorlage geht an die Budget- kommission. Jeder Gegenstand ist die Leitung des Gesetzentwurfes über die Ausgabe seiner Aktien in dem Schutzbereich hinaus. Es sind Romane bis zu 200 Mk. zugelassen werden, damit die Beschlüsse bei der Ermöglichung von Aktiengesellschaften nicht in höher- richtiger Lage seien als die Angelegenheiten anderer Nationen. zum Beispiel der englischen.

Staatssekretär von Schöen: Der Entwurf ist schon einmal dem Hause vor, ist aber unerledigt geblieben. Er liegt Ihnen jetzt in unveränderter Gestalt vor. Eine Durchbrechung unserer be- nachteiligten Aktienregelung bedeutet es nicht, er trifft nur eine Ausnahmebestimmung für Kaufleute entsprechend den von anderen dortigen Reichsangehörigen gestützten Wünschen. Die Verpflich- tung, keine Leute können dadurch zu Spekulationen angeporrt werden, ist nicht berechtigt. Die Deutschen dort sind erfahrene Kaufleute, die wissen, was sie zu tun und zu lassen haben.

Ein Vertreter des Reichsmarineamts: In der Praxis haben sich Annehmlichkeiten heraus ergeben, daß keine Aktien nicht hätten ausgegeben werden dürfen. Es stimmte u. a. eine bestimmte deutsche Brauerei unter englischer Flagge, was uns nicht fördert sich ist.

Hg. Schwarze (lit.): Wir haben schwere Bedenken. Die Er- fahrungen mit den englischen Schachs müßten von diesem Wege absehen.

Hg. Urtel (natl.): Es ist doch ein Unterschied, ob Aktien im Inlande ausgegeben werden oder im Ausland, brauchen in der Kolonie, wo es sich um Teilnahme an kolonialen Unternehmungen handelt. Bei 200 Mark kommen überdies keine Leute kaum noch in Betracht. Wir eines gewissen Scheitel, die wir beantragen werden, stimmen wir der Vorlage zu.

Hg. Frey v. Nitzschborn (kon.): Auch wir sind für die Vor- lage. Man kann dem Entwurf um so unbedenklicher zustimmen, als es sich ausschließlich um Kleinbörse handelt. Das Bedürfnis ist freilich namentlich in Süddeutschland das gleiche.

Hg. Krenawitz (fr. Sp.): Wir sind gleichfalls für die Vorlage. Es fragt sich übrigens, noch ob mit der Vertimmung des Aktien- gesetzes, das Aktien unter 1000 Mk. nicht zuläßt, das Maßige ge- troffen ist. Denn jetzt kann der kleine Mann, der nur 200 Mk. hat, gleichwohl eine 1000 Mark-Aktie kaufen, indem er sich für den Rest die Aktie beliehen läßt.

Hg. Gieseler (Zug): Wir stimmen gegen die Vorlage, weil sie keine Grenze der Aktienhöhe vorgeschrieben hat. Der Reichstag aus dem Mutterlande heraus. Die kleinen Sparer fallen die neuen Bestimmungen des Großkapitals bezogen. Von der Praxis für Anlandbesitzer abzugehen, liegt kein Anlaß vor.

Staatssekretär v. Schöen: Die Befürchtung, die Vorlage werde auch keine Anlandbesitzer nach sich ziehen, ist gegenstandslos.

Hg. Schulz (Sp.): Wir halten den Entwurf für notwendig.

Hg. Kaufmann (natl. Zug): Wir würden die Vorlage am liebsten ohne Kommissionsberatung ablehnen. Wir wollen die kleinen Leute der Spekulation fernhalten. Ein Bedürfnis ist nicht nachgetreten. Dieser verlangt man die kleinen Aktien auch für Reichs-Einkäufer. Daher sollten kolonialpolitisch stimmen wir nicht zu.

Hg. Seckler (fr. Sp.): Auch ich warne vor einer Zurück- rührung der Aktienlegislation.

Die Vorlage geht an eine Kommission. Damit ist die Tages- ordnung erledigt.

Schluß nach 6 Uhr.

Zusland.

Die Wahlen in Frankreich. Bis 11 Uhr am Montag vormittag waren die Ergebnisse aus 588 Wahlkreisen bekannt. Die Republikaner hatten bis dahin 57, die Radikalen und sozialistischen Radikalen 184, die unabhängigen Sozialisten 10, die gemäßigten Sozialisten 28, die Progressiven 43, die Nationalisten 12 und die Konserverativen 53 Siege errungen. In 231 Wahl- kreisen ist Stichwahl erforderlich. — Nach einer vom Ministerium des Innern veröffentlichten Statistik verlieren die Republikaner drei Sitze, die Nationalisten gewinnen einen, die Progressiven verlieren einen, die Republikaner der Linken gewinnen acht, die Radikalen und sozialistischen Radikalen verlieren zwei und die ge- mäßigten Sozialisten gewinnen drei Sitze.

Novotellet in Paris. Am Montag fand im Manisipolat zu Ehren Novotellets ein Empfang statt, an den sich ein Grüßlich an- schloß.

Türkei. Nach dem letzten Bulletin ist der Zustand des Sultans anbauender befriedigend.

Der Bischof von Adana, Terjiam, ist zum armenisch- katholischen Patriarchen ernannt worden.

Im Sanjak Tais (Yemen) fanden Kämpfe mit den Rebellen statt, die 28 Tote und zwanzig Verwundete hatten.

Schwierige Lage in Albanien. Der gestern gemeldete Kampf bei Stimalia endete mit der Zurückdrängung der Albaner, die große Verluste erlitten. Auf Seiten der Truppen wurden drei Soldaten getötet, ein Offizier und zehn Soldaten verwundet. — Nach einer später aus Solonit eingehenden Meldung lauten die Nachrichten aus Oberalbanien ungünstig. Bei Skopje seien 3000, an der Drinza 2000, in der Gegend von Kiplan 4000, bei Bobrima 5000, in der Umgegend von Prizrend bei Kohori 3000, bei Kapelle und bei Yuma je 6000 bewaffnete Albaner. Hierzu kommt noch der 2000 Mann starke Stamm der Nitrotops. Weitere zwölf Bataillone und vier Batterien sind nach Albanien unterwegs, jedoch die Gesamtzahl der Truppen 52 Bataillone und sechzehn Batterien beträgt. Die Nitrotopen von Solonit sind ein- berufen worden. Scheitert Torgat Balica verläßt, das Defile von Kasthanik rechtzeitig zu belegen, so daß 3000 Albaner sich dort festsetzen und den Bahnverkehr hindern. — Sie liegen nur die Holt postieren, entworfenen zwanzig einen Abzug begleitende Soldaten und zwanzig dies, nach Ushak zurück- zukehren. — Wir bei Redaktionschluss noch aus Konstantinopel erfahren, hat der Ministerat beschlossen, die Redibridgen in Solonit und Synnua zu mobilisieren und nach Oberalbanien zu entsenden.

Zu den Kreistagen. Die türkischen Vertreter haben am Sonntag bei den Schymnätschen eine Erklärung abgegeben, nach welcher die Worte die Eidesleistung der kreislichen Abgeordneten auf den Namen des Königs der Sellenen als einen argenteilbergriffenden die Souveränitätsrechte der Türkei betrachtet und die Mächte auf- fordert, dies zu verhindern. Die Worte würde sich gegen die Eidesleistung wehren.

„Zeppelin II“ zerstört.

Wie wir gestern bereits telegraphisch aus Limburg meldeten, riß das Luftschiff „Z. 2“ sich am Montag mittag um 1 Uhr, nachdem es eine neue Gasfüllung er- halten hatte, von der Verankerung unerwartet los und schlug in nordwestlicher Richtung davon. Das führerlose Luftschiff ging um 1 Uhr 30 Min. bei Webersberg bei Weiburg an der Lahn nieder und ist gänzlich zerstört.

Ferner wird uns aus Weiburg, 25. April, gemeldet: Wie das Kreisblatt meldet, ist das Luftschiff mitten durchgebrochen und hängt in den Bäumen, die auf dem Webersberge stehen. Die Unteroffizierskule und die Feuerwehrrichter ab und verbrannten den Ballon zu verantern. Soeben ist ein Extrazug von Limburg mit Hilfsmannschaften eingetroffen.

Wie der Inspektor der Vereschtruppen erklärt haben soll, hält er zwei Kompanien den „Z. 2“ nicht zu halten vermocht, der nach 20 Minuten am Tunnel bei Weiburg landete. Personen wurden in Limburg nicht verletzt, bei der Landung anschließend auch nicht.

Dem „Z. A.“ wird zu der Katastrophe aus Limburg gemeldet: „Z. 2“ ist heute nachmittag vor 1 Uhr, an- scheinend führerlos, aufgetrieben. Infolge eines starken Windstoßes rissen die Seile und die Soldaten waren nicht mehr in der Lage, das Luftschiff weiter zu halten. Es trieb nun in nordöstlicher Richtung und landete um 1 Uhr 45 Minuten bei Weiburg. Das Luftschiff ging, wie es heißt, ohne Infanterie nieder. Der hintere Teil ist gänzlich demoliert.

Ein weiteres Telegramm deselben Inhaltes meldet aus Limburg: Das Aluminiumgerippe des „Z. 2“ ist gänzlich zerstört. Das Gas ist zum großen Teile ausgeströmt. Mehrere Telegraphen- stangen sind durch den Anprall geknickt.

Aus der Hilfe der Redaktionskule einlaufenden Telegramme seien noch folgende hervorzuheben: Weiburg, 25. April. Nach einer neueren Meldung ist das Luftschiff „Z. 2“ in der Mitte geknickt. Es wird beabsichtigt, die noch unbeschädigten Ballonreste zu entleeren und das Gerippe auseinander zu nehmen. Der Zustrom der Krugierigen zur Unfallstelle ist enorm. Aus Diez ist Militär eingetroffen und hat die Abklärung übernommen.

Weiburg, 25. April. Das Luftschiff „Z. 2“ hatte schon während des ganzen Vormittags auf seinem Landungsplatz bei Limburg mit starken Winden zu kämpfen gehabt. Kurz vor 1 Uhr wurde es in der Nähe von einer besonders heftigen We- gelstöße, die eine Geschwindigkeit von ca. 18 Umdrehungen ge- habt haben dürfte. Die Statthalter, mit welchen das Luftschiff verankert war, rissen und verleglich bewirkten die Verankerungs- mannschaften, das Schiff zu halten. Um ein Unfall zu verhindern, mußten die Mannschaften zum Besessen des Luftschiffes aufge- fordert werden, das sofort bis 200 Meter Höhe aufstieg und vom Winde in der Richtung auf Weiburg fortgetragen wurde. Um 1 Uhr 20 Min. wurde das Luftschiff von Weiburg aus gelichtet. Es flog auf das Oberbacher Feld zu und man hatte den Eindruck,

als wolle das Schiff hinfällt. Wählig, schloß sich das Flug- ein nach dem Boden zu gerichteten Windstoß wurde das Luft- schiff in das Lahtal herabgedrückt. Hinter Weiburg erbebt sich fast senkrecht über der Lahn und der Eisenbahnlinie der Webers- berg, getönt von einem Murchaus mit einem Gartenpavillon. Der feste Abhang des Webersberges ist mit Holz- und Zannschienen bedeckt. Das Luftschiff wurde bis auf den Bahndamm herab- gedrückt, wobei die Aufhängeschnüre gerißt wurden. Es erob- sich dann wieder, um auf den äußersten Gipfel des Webersberges geschleudert zu werden. Der hintere Teil des Schiffes mit den Leitern blieb an dem Pavillon hängen, während der vordere Teil der über den Berg hinausdrückte, in der Mitte abgeklüft wurde. Das Schiff setzte sich dann der Abhang des Berges her- unter nach dem Tale zu. Das Luftschiff ist gerettet. Es waren sofort die Weiburger Intendanzoffiziere, die Gendar- merie, die Polizei und Feuerwehren zur Stelle, um Hilfe zu leisten und das von allen Seiten herdröhnende Publikum von der Unfallstelle fernzuhalten. Auch die Luftschiffoffiziere mit Major Reumann an der Spitze waren von Limburg herbeigekommen, um die Leitung der Rettungsarbeiten zu übernehmen, welche vornehmlich bis 6 Tage eintreten werden. Mit der Deman- tierung des vorderen Teiles ist bereits begonnen worden. Die vordere Gondel ist schon beseitigt. Die Motoren sind in fünf- geln abgebaut. Es handelt sich um ein technisches Natur- ereignis, um einen verheerlichen Kampf gegen die Elemente. Alle Vorkehrungsmaßregeln waren ge- troffen und es ist in dieser Richtung nichts verändert worden, aber Menschkräfte konnten hier nichts aus- richten. Personen sind nicht verletzt, niemand ist zu Schaden gekommen.

Weiburg, 25. April. Der Zustand des „Z. 2“ zeigt, daß der Hauptteil bei der Strömung am Webersberg die Mitte des Schiffes getroffen hat, wobei es vollständig brei- gebrückt wurde und infolge dessen durchgebrochen ist. Der abgetragene Teil des Luftschiffes ist mit Ausnahme etlicher Verankerungen in seinem Gerippe vollständig intakt ge- blieben, eben so der hintere Teil, welcher auf den Bäumen und auf dem Dache des Pavillons des Kurortes Webersberg aufliegt. Nie- mand ist durch die beiden Gondeln mit Einschluß der Motoren und der Instrumente.

„Zeppelin 2“.

Der Erfolg für das bei Echterdingen vernichtete Luftschiff des Grafen Zeppelin, weist in seiner Konstruktion zahlreiche Verbesserungen und Neuerungen auf gegenüber seinem verunglückten Vorbild. Er zeigt leistungsfähige Form, ist 136 Meter lang und hat 13 Meter Durchmesser. Das Aluminiumgerippe ist in 17 Gelenken mit Ballonen geteilt und trägt 15 000 Kubmeter Wasserstoffgas. Die Steuerflächen sind gegen- über seinem Vorbild vom Reibe des Schiffes fortgeman- nert und weiter rückwärts über den Körper hinausgeschit- telt worden. Die hinteren Propeller haben nur zwei Flügel, sind aber entsprechend größer als die vordrigen. Die Propeller haben eine Umdrehungszahl von 900 in der Minute. „Z. 2“ hat zahlreiche Probe- und Versuchsflüge glücklich vollbracht. Ein Unfall passierte dem Luftschiff schon im Juli d. Z., wo es auf der Rückfahrt von Witter- feld bei Göttingen durch Aufstoßen auf einen Baum Savarie erlitt, die Insassen bald ausgebeißert werden konnte. Weiburg, wo „Z. 2“ von seiner führerlosen Fahrt landete und zerstört wurde, liegt etwa 20 Kilometer in der Richtung nordöstlich von Limburg, ebenfalls an den Ufern der Lahn in bergigem und bewaldeten Gelände, das für das Niederbringen eines Luftschiffes besonders un- günstig ist.

Zus Hah und Fern.

Schwere Gewaltthaten Streikender. Wir erfahren aus Berlin, 25. April: Als eine Kolonne Arbeitswilliger der Firma Altmann an dem Seimwege in einem Gewerkschafts- und Grolmannwerke in Charlottenburg passierte, wurde sie von etwa sechzig Strei- kenden umlagert und mit Steinwürfen und Schlägen angegriffen. Der Vorfall gab einen Anlaß auf die Angreifer ab. Ein hartes Polizeigefecht trennte die Strei- kenden und geleitete den Wagen zur Arbeitsstätte. Ein weiter- er Zusammenstoß zwischen Arbeitswilligen derselben Firma und Streikenden erfolgte nachmittags auf dem Schul- platz. Auch hier mußte ein hartes Polizeigefecht den Ordnung herstellen.

30 Millionen Dollars Schöden. Wir erfahren aus Chicago: Im mittleren Westen der Vereinigten Staaten gingen schwere Un- wetter nieder. Der auf den Feldern angelegte Erdboden wird auf 30 Millionen Dollars beziffert.

Große Eisenbahnbeschädigung. In Wernitz ist es gelungen, mehrere Bahnhöfe und Brücken zu zerstören. Die fest hoch Nahrung erge- liehthalle im Magazin des Dampflokfabriks ausgebrannt. Man spricht davon, daß die Beschädigung Betrag von nahezu 1/2 Millionen Kronen erzieht.

Neuer 40 Gebäude eingeweiht. Das Alpenhof Juvre nennt seine (Gebäude) wurde vorgestern nicht durch eine Feuerkatastrophe bis auf die Höhe und zwei Häuser eingestürzt. Neuer 40 Gebäude sind erbaut. Der Schaden ist sehr bedeutend. 130 Familien sind obdachlos.

Letzte Telegramme.

Zu der Katastrophe des „Zeppelin II.“

Berlin, 26. April. Der Generalinspektor der Vereschtruppen, Freiherr v. Lyncker, sandte aus Weiburg folgendes Telegramm an den Kaiser:

Finde an der Unfallstätte „Z. 2“ in der Mitte durchge- brochen und beschädigt, so daß die Wiederherstellung ausgeschlossen ist. Menschen sind nicht zu Schaden ge- kommen. Es läßt sich schon jetzt beurteilen, daß die Schuld an dem Unfall niemandem zugunehmen ist, sondern dasselbe ist durch höhere Gewalt verursacht. Einen näheren Bericht werde ich im nächsten unterrichten.

Das englische Armeekontingent verunglückt.

London, 26. April. Das Armeekontingent, welches gestern bei Barnborough bei Sturm zu einem Probeflug aufstieg, hat sich überschlagen, die Waghalle ist eingestürzt und das Gerippe zerstört.

Zur parlamentarischen Lage in England.

London, 26. April. Das Unterhaus hat gestern die zweite Lesung des Finanzgesetzes mit 328 gegen 242 Stimmen ange- nommen. Die irischen Nationalisten stimmten mit der Regie- rungspartei.

Der neue Anstaltsprofessor.

New-York, 25. April. Zum Anstaltsprofessor in Berlin für 1911/12 ist Professor Paul Reisch von der Universität in Wisconsin bestimmt worden.

